

----- Original-Nachricht -----

Betreff:PM zu Antrag Bauausschuss - Kreuzung Strümp

Datum:Mon, 07 Apr 2014 16:38:17 +0200

Von: Jürgen Peters <juergen.peters-meerbusch@t-online.de>

An: Meerbusch RP <redaktion.meerbusch@rheinische-post.de>, Kreisausgabe NGZ Neuss <rhein-kreis@ngz-online.de>, EXTRA Tip <redaktion@extra-tipp-meerbusch.de>, Nachrichten Meerbuscher <redaktion@meerbuscher-nachrichten.de>, Meerbusch WZ <redaktion.meerbusch@westdeutsche-zeitung.de>, Martin Röse <martin.roese@rheinische-post.de>

Jürgen Peters

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Meerbusch

mobil: 0176 20 60 97 04

Sehr geehrte Damen und Herren der Meerbuscher Presse,

zu der Kritik der UWG bzgl. der gemeinsamen Antragstellung zum Bauausschuss (Kreuzung Strümp) mit fast allen Fraktionen, bitten wir Sie nachfolgende Pressemitteilung zu berücksichtigen.

Vielen Dank
Viele Grüße
Jürgen Peters

Pressemitteilung

Gemeinsamer Antrag verschiedener Fraktionen zum Bau-Ausschuss am 9.4.2014

Kreuzung Strümp - Moerser Straße / Bergfeld

Die UWG wurde zu der von ihr kritisierten gemeinsamen Runde verschiedener Fraktionen nicht eingeladen, da **Herr Staudinger-Napp** kein Interesse an dem Gespräch hatte. Insofern ist seine Absage irritierend.

Im Gegenteil, der Wunsch nach einem Austausch wurde von der UWG als Aktionismus mit fehlendem Blick auf das ganze Stadtgebiet gewertet, und mündete schließlich in massiven Vorwürfen gegen die Planung der K9n, die mit diesem tragischem Unfall und der aktuellen Gefahrensituation nun definitiv nichts zu tun hat.

Alle Fraktionen, die einen solchen Austausch für sinnvoll bewertet haben, wurden eingeladen, ebenso der Bürgerverein die Kleenen Strömper und die Verwaltung.

Es handelte sich also nicht um eine Sitzung von Ratsfraktionen, sondern um ein Informationsgespräch und einen Austausch, mit dem Ziel einer gemeinsamen Vorgehensweise, verbunden mit der Suche nach Instrumenten zur Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Alle öffentlichen Informationen sind, natürlich unter Wahrung der Privatsphäre der vom Unfall betroffenen Familie, im Ausschuss zu behandeln. Die hierzu vorgebrachte Forderung der UWG ist also völlig überflüssig, da selbstverständlich. Ein gemeinsamer Antrag ist eingebracht.

Die wiederholte Forderung nach Einbindung von Verkehrsexperten ist zudem seltsam, da bereits verschiedene Verkehrsexperten beteiligt waren. Selbst der von der UWG eingeladen Herr **Prof. Dr. Michael Schreckenber** bestätigte die für uns unbefriedigende Haltung der zuständigen Straßenbaulastträger und beteiligter Verkehrsbehörden. Auch die Grünen haben einen Verkehrsexperten eingebunden, der sich bedauerlicherweise gleichermaßen äußerte und keinen Handlungsdruck sah. Damit haben nun Straßen NRW, die Bezirksregierung, der Rhein-Kreis Neuss, die Polizei und die beiden externen Verkehrsexperten klar gesagt, dass an dieser Kreuzung kein zwingender Handlungsbedarf besteht.

Das ist für unsere Fraktion, für weitere Ratsfraktionen und für die Kleenen Strömper nicht akzeptabel. Die Stadt hat anscheinend derzeit keine Rechtsmittel die Baulastträger zu Veränderungen zu bewegen.

Es geht nun also nicht darum, rechtliche Grundlagen der vorhandenen Verkehrssituation zu bewerten, das ist nun ausreichend geschehen, sondern zu überlegen, wie wir jenseits von Normen und Vorschriften eine für die Schülerinnen und Schüler und für die Strömper BürgerInnen wünschenswerte Verbesserung der Verkehrssicherheit erreichen können. Und dies, obwohl der Stadt Meerbusch faktisch keine angemessenen Instrumente zur Verfügung stehen. Daran wollte Herr Staudinger-Napp leider nicht teilnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Peters

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Spindler,

bezüglich der nichtöffentlichen Sitzung der Meerbuscher Fraktionen und Ihrer Person wegen dem o.g. Thema morgen Nachmittag in Osterath, teilen wir Ihnen hiermit mit, dass die UWG Ratsfraktion Meerbusch diesen Termin nicht wahrnehmen wird.

Deshalb fordern wir Sie erneut auf, sämtliche Vorgänge in einer öffentlichen Sondersitzung vom Bau- und Umweltausschuss zu diskutieren. An dieser Sitzung sollen auch die Mitglieder der Unfallkommission teilnehmen.

Weiterhin halten wir es für unverzichtbar, entsprechenden Expertenrat einzuholen.

Aufgrund des großen öffentlichen Interesses an dem Thema möchten wir Sie bitten, wie seinerzeit beim Thema Barbara-Gerretz-Schule eine geeignete Räumlichkeit zur Verfügung zu stellen, damit die Bürger und Bürgerinnen die Sitzung verfolgen können.

Außerdem stellen wir hiermit den Antrag, dass bei dieser Sitzung der Bürgerschaft entsprechendes Rederecht eingeräumt wird!

Mit dieser Maßnahme soll die Stadtverwaltung Meerbusch vollständige Transparenz aufzeigen und nicht im Hinterzimmer mit selbsternannten Verkehrsexperten unter Ausschluss der Öffentlichkeit Dinge entscheiden, die eventuell nicht von der Bevölkerung getragen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Staudinger-Napp

H. P. Weyen